

Forderungen des Bremer Rates für Integration (BRI)

Die Ergebnisse der studentischen Feldforschungsstudie machen deutlich, dass die Grenzen zwischen Alltagsrassismus und vorurteilsgeleiteten Straftaten fließend sind. Häufig können die Betroffenen selbst den Unterschied nicht erkennen. Eindeutig hingegen ist die Tatsache, dass sich Menschen, die als „fremd“ markiert werden, im öffentlichen Raum nicht sicher fühlen. Auch wenn sie mehrheitlich grundsätzlich Vertrauten in den Rechtsstaat haben, wissen sie häufig nicht, wie und wo sie sich Hilfe holen können.

In Anbetracht dieser ersten Erkenntnisse fordert der Bremer Rat für Integration:

1. Durchführung einer groß angelegten quantitativen und qualitativen Studie zu Alltagsrassismus und rassistisch motivierter Gewalt im Land Bremen
2. Schaffung mehrsprachiger, niedrighschwelliger (breit zugänglicher) Informationsangebote für potenziell Betroffene von Hasskriminalität, die die Schutzmöglichkeiten des Rechtsstaates deutlich machen
3. Ausreichende, nachhaltige Finanzierung der Landesantidiskriminierungsstelle als verlässliche Anlauf- und Beratungsstelle sowie nachhaltige Finanzierung weiterer Beratungsstellen
4. Eine öffentliche Kampagne zu Gewalt gegenüber als „fremd“ markierten Personen(gruppen) nach dem Vorbild der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, hier zu Antimuslimischem Rassismus:

<https://www.berlin.de/lb/lkbgg/praevention/unterstuetzungsfonds/kampagne-dunkelfelderhellung/antimuslimischer-rassismus/artikel.1169157.php>